

Avanti

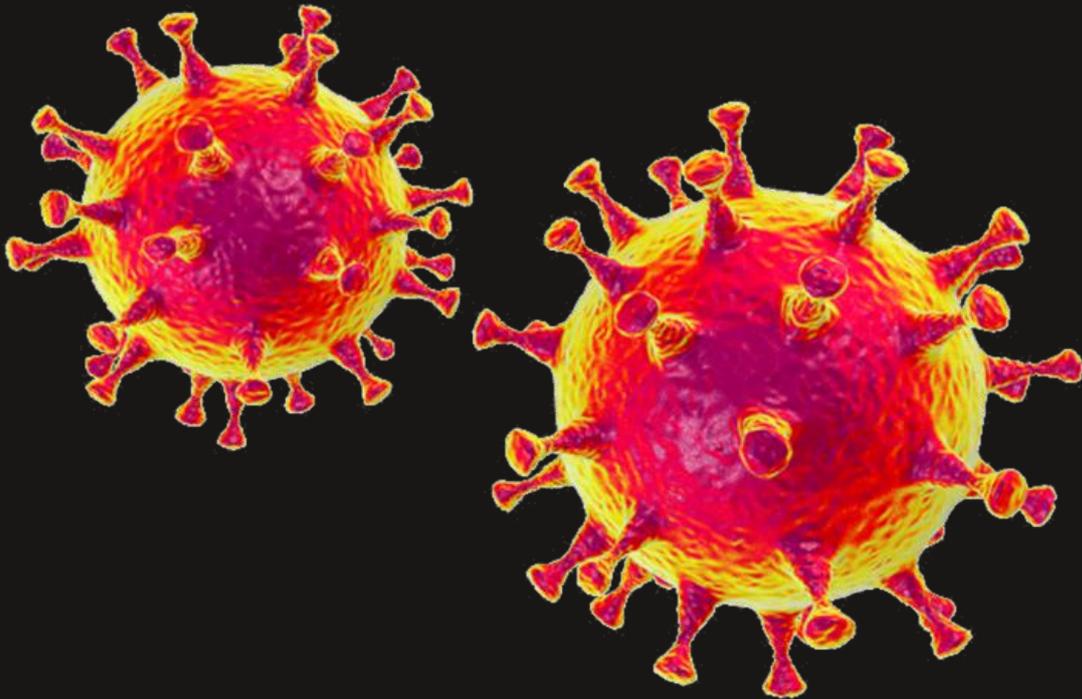
2

Theoriebeilage

Hartz IV:
Neoliberale
Unterdrückung

ISO Rhein-Neckar

**MEHR FORTSCHRITT
DURCH NOCH MEHR
PROFITE?**



**Solidarisch unsere
Rechte verteidigen!**

INHALT

TITEL

01 AMPEL

Fortschritt durch Profitmaximierung?

EDITORIAL / INHALT / FRANKREICH

02 FRANKREICH

Die Notwendigkeit des Antikapitalismus

BUNDESREGIERUNG

03 AMPEL

Fortschritt durch Profitmaximierung?

PANDEMIE

04 CORONA

Kein Ende in Sicht

05 KUNDGEBUNG

Kapitalismus stilllegen?

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

ein neues Jahr beginnt, doch die Herausforderungen des letzten Jahres sind keineswegs verschwunden.

Vielmehr verursacht ein längst überholtes und sich immer dramatischer in seine Widersprüche verstrickendes kapitalistisches System hierzulande und weltweit verheerende Schäden.

Die andauernde Pandemie drückt auch dieser Ausgabe von *Avanti*² den Stempel auf. Erneut setzen wir uns mit dem anhaltenden System- und Politikversagen kritisch auseinander.

Mit Betriebsräten sprechen wir über die im Frühjahr anstehenden Betriebsratswahlen, mit dem Mannheimer Musiker Bernd Köhler über sein neues Buch *Halt LOS*.

Die Theoriebeilage widmen wir unserem viel zu früh verstorbenen Genossen Wolli und seinen persönlichen Erfahrungen mit dem unterdrückerischen Hartz IV-Regime.

Alle guten Wünsche für 2022 – vor allem aber Gesundheit, Kraft und Kampfesmut!

Passt auf Euch auf!

Eure Redaktion

INHALT

BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

06 BR-WAHL 2022

Was tun

08 BR-WAHL 2022

Raue Zeiten?

KULTUR

10 POLITISCHES LIEDGUT

Dritter Anlauf erforderlich

RÜCKBLENDE / TERMINE

12 CORONABEKÄMPFUNG

Fortgesetztes Versagen?

12 TERMINE

THEORIEBEILAGE

01 HARTZ IV

Neoliberale Unterdrückung

Die Notwendigkeit des Antikapitalismus

E. B.

Steigende Ungleichheiten, Prekarität und Arbeitslosigkeit, ökologische Krise, Corona-Pandemie und eine von Neoliberalismus und Faschismus geprägte politische Entwicklung unterstreichen die Notwendigkeit des Antikapitalismus auch in Frankreich.

Mit der Kandidatur des entlassenen Ford-Arbeiters und Gewerkschafters Philippe Poutou bei den Präsidentschaftswahlen im April 2022 wollen unsere Genossinnen und Genossen der NPA (Neue Antikapitalistische Partei) darauf eine Antwort geben (<https://poutou2022.org/>).

Bruch mit dem Profitsystem

Die NPA schreibt: „Wir können nicht länger akzeptieren, dass Konkurrenz und Profitmaximierung die Welt ins Verderben führen. Um damit zu brechen, schlagen wir allen, die eine solidarische Gesellschaft wollen, folgendes Programm vor:

- Angesichts der Arbeitslosigkeit ist es an der Zeit, die Arbeitszeit zu reduzieren. Wir treten für die Vier-Tage-Woche ein, eine sechste Woche bezahlten Urlaub und die Rente ab 60 Jahren.
- Angesichts der Gesundheitskrise können

wir nicht akzeptieren, dass die Pharmaindustrie sich endlos bereichert. Wenn Milliarden von Menschen keinen Zugang zu Impfstoffen haben, müssen Patente aufgehoben und die Unternehmen der Branche vergesellschaftet werden.

- Angesichts der ökologischen Krise können wir nicht länger warten. Wir müssen sowohl die Dekarbonisierung als auch das Ende der Atomkraft durchsetzen. Dies erfordert, den gesamten Energiesektor unter öffentliche Kontrolle zu bringen, große Konzerne zu enteignen und die Produktion so zu organisieren, dass sie gesellschaftliche Bedürfnisse erfüllt, ohne die Umwelt zu zerstören.“

Zunehmendes Gehör für Poutou

Die Kandidatur von Philippe Poutou findet trotz großer antidemokratischer Hürden und medialer Missachtung immer mehr Gehör – etwa in der Jugend, den sozialen

Bewegungen, bei gewerkschaftlich Aktiven und im Bereich des Antifaschismus.

Das Interesse an den zahlreichen Veranstaltungen der NPA im ganzen Land und an den Stellungnahmen Poutous hat in den letzten Wochen deutlich zugenommen. Seine Präsenz bei Arbeitskämpfen und Demonstrationen sowie seine authentische Art bei den wenigen ihm zugestandenen Auftritten im Fernsehen tun ein Übriges. ■



Meeting mit Philippe Poutou in Rennes, 2. Dezember 2021.

Mehr Fortschritt durch noch mehr Profite?

U. D.

Die Ampel-Regierung aus SPD/Grüne/FDP steht. Olaf Scholz ist neuer Kanzler. Der knallgelb eingefärbte Koalitionsvertrag mit dem Titel „Mehr Fortschritt wagen“ wurde von allen Koalitionsparteien angenommen.

Scholz führt damit die erste Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP und ist der vierte Sozialdemokrat im Kanzleramt. Bisherige Koalitionspartner der SPD in einer Bundesregierung waren zuvor die FDP und sechzehn Jahre später die Grünen.

1969 - 1982: SPD und FDP

Das westdeutsche Nachkriegssystem war durch die schwere Wirtschaftskrise 1966, durch Jugendrevolte und „wilde“ Streiks erschüttert. 1969 kam es zur ersten SPD-geführten Regierung in der Bundesrepublik Deutschland. Willy Brandt wurde Kanzler.

Sein Versprechen „Mehr Demokratie wagen“ hielt nicht lang: 1972 wurden aufgrund des gegen Linke gerichteten „Radikalerlasses“ mehr als drei Millionen Menschen auf ihre „Verfassungstreue“ überprüft und über 1.000 aus dem Öffentlichen Dienst entlassen beziehungsweise erst gar nicht eingestellt.

1974 übernahm Helmut Schmidt das Kanzleramt.

Der SPD-FDP-Koalition gelang es, Gesellschaft und Wirtschaft zu „öffnen“ und zu „modernisieren“ und mit einer „neuen“ Ostpolitik die Position der Bundesrepublik in Europa zu stärken. Dies waren wichtige Voraussetzungen, um dem deutschen Kapital einen Spitzenplatz in Europa und der Welt zu sichern.

1998 - 2005: SPD und Grüne

1998 kam es erneut zu einer SPD-geführten Regierung. Der SPD-Kanzler hieß Schröder, der grüne Außenminister Fischer.

Die Lage in Deutschland war unter anderem geprägt durch den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch im Osten, Massenarbeitslosigkeit und eine beschleunigte Globalisierung. Dem Neoliberalismus war der politische Durchbruch gelungen. Seine Ideen erfassten die gesamte Gesellschaft einschließlich der arbeitenden Klasse und ihrer Gewerkschaften.

Die entscheidende neoliberale „Modernisierung“ des Arbeitsmarktes und die Militarisierung der Außenpolitik waren damals nur einer SPD-Grünen-Regierung möglich. Sie allein war in der Lage, sowohl die Gewerkschaftsführungen als auch die Friedensbewegung einzubinden. Rücksichtloser als sein Vorgänger Kohl setzte Schröder den neoliberalen Umbau der Gesellschaft fort. So verschlechterten die Hartz-Gesetze die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Millionen dramatisch.

2021: SPD, Grüne und FDP

In *Avanti*² vom Oktober 2021 schrieben wir: „Öko- und Neoliberale sehen die Chance, ihre Inhalte erfolgreich in eine Regierungskoalition einzubringen. Damit droht eine kapitalfreundliche öko-neoliberale Politik, für die das Soziale nur im Rahmen einer notwendigen Befriedung der Massen von Bedeutung ist.“ Diese Befürchtung ist jetzt Realität geworden.

Bewusst knüpft die Ampel mit dem Slogan „Mehr Fortschritt wagen“ an die erste SPD-FDP-Koalition an. Mit dem vorgelegten Koalitions-Vertrag soll erneut die „Modernisierung“ von

Gesellschaft und Wirtschaft vorangetrieben werden. Diesmal geht es um die weitere Umsetzung neoliberaler Ziele. Zum Beispiel die beschleunigte Digitalisierung (Rationalisierung) von Verwaltung und Wirtschaft, die Beseitigung von „Planungshürden“, schnellere Investitionsgenehmigungen, die Förderung von High-Tech-Forschung, die kapitalmarktorientierte Privatisierung von Sozialsystemen (Stichwort: Rente) und „aufgeweichte“ Arbeitszeit-Regelungen.

„Transformation“ für das Kapital

Verharmlost wird dieser Umbau von Gesellschaft und Wirtschaft mit dem Begriff „Transformation“ und einer vernebelnden Ampel-Sprache. Denn die Antworten der Ampel auf die soziale und ökologische Krise nützen nur den Reichen und den Konzernen: Eine Umverteilung des Reichtums zu Gunsten der arbeitenden Klasse wird es nicht geben. Vom Irrweg Wirtschaftswachstum wird nicht abgerückt. Eine umfassende Verkehrswende und eine Reduzierung des Energieverbrauchs sind nicht vorgesehen. An Bundeswehr, Nato und Aufrüstungsprojekten wird festgehalten.

Geschickt wird dabei der neoliberale Kern dieser Politik mit Ampelfarben überstrichen: Etwas Blassrot für die Arbeitenden und die Armen, etwas ausgebleichtes Grün für die Ökologie-Bewegung. Wer könnte dies besser durchsetzen als eine Regierung unter Beteiligung von SPD und Grünen. Damit steht die Scholz-Regierung in der schlechten Tradition von Brandt, Schmidt und Schröder.

Gegenwehr statt abwarten

Lassen wir uns nicht für dumm verkaufen und vertrösten. Die soziale und die ökologische Krise geben uns keine Zeit. Warten wir nicht ab, sondern bauen wir jetzt gemeinsam und außerparlamentarisch eine soziale und ökologische Front der gesellschaftlichen Gegenwehr auf. ■



„Corona und kein Ende - Was nun?“

F. K.

Unter diesem Titel fand am 10. Dezember 2021 eine überregional gut besuchte und gelungene Online-Veranstaltung von #ZeroCovid Rhein-Neckar statt. Referent war Winfried Wolf, Mitinitiator von #ZeroCovid.

Faktenreich analysierte und bewertete Winfried Wolf die aktuelle Pandemie-Situation. Dabei spannte er einen weiten Bogen: Von der dramatischen Entwicklung der Pandemie über das Versagen der Politik bis hin zu den seiner Meinung nach notwendigen Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung.

Zick-Zack statt Solidarität

Das Versagen der Anti-Pandemie-Politik belegte Wolf in mehreren Punkten. Es habe keine „Weltsolidarität“ gegeben. Die WHO sei „abgetaucht“. Die meisten armen Länder dieser Welt hätten eine Impfquote von unter zehn Prozent. Eine konsequente, globale ZeroCovid-Politik habe es nicht gegeben.

In Deutschland verfolge die Pandemie-Politik einen verheerenden Zick-Zack-Kurs. Dies hätte die Pandemie nicht eingedämmt, dafür aber wesentlich zur Stärkung des Lagers der Corona-Leugnung beigetragen.

Obwohl vor der vierten Welle gewarnt worden sei, habe die Politik die Fehler der vorhergehenden Wellen wiederholt. Dies forderte unnötige Todesopfer. Die Situation in den Krankenhäusern habe sich trotz ge-

genteiliger Erklärungen verschlechtert. Alleine während der bisherigen Pandemie seien 20 Krankenhäuser geschlossen worden; weitere 30 sollen folgen. Im Intensivbereich stünden inzwischen 15 bis 20 % weniger Betten zur Verfügung, weil das notwendige Personal aufgrund schlechter Arbeitsbedingungen gekündigt habe.

Im Verlauf der Pandemie seien für die Wirtschaft gewaltige Geldbeträge zur Verfügung gestellt worden. 70 – 80 % davon hätten Konzerne und große Unternehmen erhalten. Im Vergleich dazu seien die Selbstständigen, Kneipenbesitzer, Künstler und andere nahezu leer ausgegangen.

Gegen Virus und Kapital

Die Pandemie hänge seiner Meinung nach direkt mit dem Kapitalismus zusammen. Sie sei ein globales Problem und orientiere sich nicht an Staatsgrenzen. Sie stelle die soziale Frage, da die Gefahr einer Erkrankung und eines schweren oder tödlichen Verlaufs maßgeblich von der sozialen Lage der Menschen abhängt. Der Kapitalismus zerstöre natürliche Lebensräume und verändere das Klima. Damit begünstige er das Entstehen von Zoonosen und Pandemien.

Die Pandemie könne daher nur international und solidarisch erfolgreich bekämpft werden. Aber genau dazu sei der Kapitalismus nicht in der Lage.

Zum Schluss skizzierte Wolf Kernpunkte einer linken Pandemie-Politik. Die Eindämmung des Virus erfordere einen generellen solidarischen Shutdown. Das Personal der Gesundheitsämter müsse schnell und massiv aufgestockt werden, um die „Nachverfolgung“ von Infektionsketten zu ermöglichen. Die Reichen hätten für die Pandemie-Bekämpfung zu zahlen, während Arme und „kleine“ Existenzen zu unterstützen seien. Die Weltwirtschaft müsse umgebaut, das heißt die kapitalistische „Globalisierung“ müsse rückgängig gemacht werden. Im Mittelpunkt dieser Politik dürften nicht Wachstum und Profit, sondern Mensch, Umwelt und Natur stehen.

Was tun?

Die lebhafteste Diskussion griff die vorgetragenen Thesen auf und brachte zusätzliche Aspekte ein. So wurden der „Corona-Aufschwung“ der Faschisten, die Unfähigkeit und Inkompetenz der verantwortlichen Politik, aber auch die ungenügende Umsetzung des Arbeitsschutzgesetzes in den Betrieben diskutiert.

Dabei wurde auch versucht, praktische Schlussfolgerungen aus der Veranstaltung zu ziehen. Winfried Wolf informierte, dass es im Januar 2022 eine dritte Nummer der ZeroCovid-Zeitung geben werde. Jedoch sei das Interesse daran bisher deutlich geringer als bei den vorherigen Ausgaben. Die Anwesenden bestätigten, dass es derzeit schwierig sei, vor Ort Unterstützung zu finden. Dennoch müsse versucht werden, diese Zeitung zu verbreiten und mit praktischen Initiativen zu verbinden.

Schließlich wurde vorgeschlagen, eine Folge-Diskussion zu organisieren, in der die praktische Arbeit im Mittelpunkt stehen sollte. Angesichts der unerwartet großen Zahl an Teilnehmenden und der positiven Beurteilung der Veranstaltung, sollte dies Anfang 2022 geschehen. ■



Aktionstag #ZeroCovid in Mannheim, 10. April 2021.

Foto: helmut-roos@web.de.

Protestaktion in Heidelberg Kapitalismus stilllegen

N. B.

„Shut down Capitalism – Solidarisch aus der Krise“. Unter diesem Motto demonstrieren am 11. Dezember 2021 etwa 60 Personen auf dem Heidelberger Marktplatz gegen neoliberale Krisenlösungsstrategien. Einig waren sich die Redner*innen: Innerhalb dieses Systems ist die Gesundheitskrise nicht zu lösen.

Die Antifaschistische Initiative Heidelberg (AIHD/IL) hatte zu der Kundgebung aufgerufen. Sie wollte damit sowohl der kapitalhörigen Regierungspolitik gegen Corona als auch den Corona-Leugnern etwas entgegensetzen. Letztere versuchen immer aggressiver, ihre menschenverachtende bis faschistische Ideologie zu verbreiten. So fuhren auch einige der Demonstrierenden nach der Kundgebung weiter nach Ludwigshafen, um gegen den dortigen „Querdenker“-Aufmarsch zu demonstrieren.

Globale Ungerechtigkeit

Die AIHD/IL ging in ihrem Redebeitrag auf die globale Ungerechtigkeit ein und forderte unter anderem die Aufhebung der Patente zur Herstellung der Impfstoffe. Während reiche Länder wie Deutschland ihre unkoordinierte Impfkampagne durchzusetzen versuchen, indem sie sich Impfstoff weit über die eigenen Bedarfe hinaus sichern, sei in vielen Ländern des globalen Südens nicht einmal genügend Impfstoff für Risikogruppen und medizinisches Personal vorhanden. Gegen den hohlen Solidaritätsbegriff der Regierung müssten Linke „echte Solidarität von unten“ aufbauen.

Gefangen im deutschen Asylsystem

Welche Bedeutung die chaotische Corona-Politik für besonders benachteiligte Gruppen hat, wurde insbesondere in der Rede des Asyl-AK Heidelberg deutlich. So hätten viele Menschen ihre Integrations- und Sprachkurse nicht fortsetzen können, da sie in ihren Unterkünften keinen Zugang zum Internet haben. Diese Kurse sind aber existenziell für Geflüchtete. Ohne die Kurse sind sie im deutschen Asylsystem gefangen: Ohne abgeschlossenen und zertifizierten Integrations- und Deutschkurs sei es nahezu unmöglich, in eine eigene Wohnung zu ziehen, geschweige denn Arbeit zu finden und sich ein neues Leben aufzubauen.

Profite vor Gesundheit

Auch die ISO Rhein-Neckar hielt einen Redebeitrag. Unser Genosse berichtete vom Corona-Alltag im Betrieb. Der Umgang mit der Pandemie orientiere sich vorrangig an dem Ziel, die Produktion und damit die Wertschöpfung keinesfalls zu unterbrechen. So habe es in „seinem“ Betrieb zu Beginn der Pandemie geheißt: Schließen könne man nicht, man sei schließlich systemrelevant. Die Produkte würden unter anderem auch in Krankenhäusern benötigt. Um die Gesundheit der Beschäftigten ging es in der gesamten Pandemie nicht. Die Forderungen des Betriebsrats nach einem effizienten Gesundheitsschutz im Betrieb wurden als unsolidarisch diffamiert. Sie würden die Produktion lähmen und Profite verringern, was auch den Interessen der Beschäftigten entgegenstehen würde. Von den Gewinnen hätten die Kolleginnen und Kollegen bisher

jedoch noch nichts gesehen. Den mangelnden Gesundheitsschutz dürften sie aber am eigenen Leib erleben, ein Kollege habe ihn mit seinem Leben bezahlen müssen.

Solidarisch – aber wie?

Neben der AIHD/IL, dem Asyl-AK Heidelberg und der ISO Rhein-Neckar hielten auch Care Revolution Heidelberg und der SDS Heidelberg jeweils eine Rede.

Die Kundgebung konnte so verschiedene gesellschaftliche Bereiche in den Fokus rücken, in denen Menschen besonders unter der Corona-Pandemie, der Regierungspolitik und der in diesem Zusammenhang erstarkenden faschistischen Bewegung leiden.

Nach zwei Jahren Pandemie gilt es, die immer wieder laut erhobene Forderung nach einer solidarischen Antwort von unten verstärkt durch Taten und den Aufbau einer breiten solidarischen Front umzusetzen. ■



Antikapitalistische Kundgebung auf dem Heidelberger Marktplatz, 11. Dezember 2021.

Foto: N. B.

Betriebsratswahlen 2022

Wichtige Weichenstellung für die kommenden Jahre

Zwischen dem 1. März und dem 31. Mai 2022 finden wieder Betriebsratswahlen statt. Ihr Ausgang entscheidet darüber mit, ob und wie in den nächsten vier Jahren die Beschäftigteninteressen in den Betrieben verteidigt werden. *Avanti*² hat deshalb mit zwei Betriebsratsmitgliedern aus einem Industriebetrieb mit rund 1.000 Beschäftigten in der Rhein-Neckar-Region gesprochen.*

In wenigen Monaten findet auch bei Euch die Betriebsratswahl statt. Was bedeutet die Wahl für Euch und wie bereitet Ihr Euch darauf vor?

Gerhard: Die Betriebsratswahl ist für uns sehr wichtig. Sie bietet die Chance für eine Weichenstellung zur effektiveren Durchsetzung der Beschäftigteninteressen. Hier ist zu erwähnen, dass unser BR-Gremium mit 13 Mitgliedern schon seit langem gegenüber der Geschäftsleitung nicht sehr einheitlich auftritt. Manche BR-Mitglieder meinen zum Beispiel, es sei ihre Aufgabe, auch noch die Interessen der Geschäftsleitung mit vertreten zu müssen. Das schwächt den Betriebsrat und erschwert es, mehr im Sinne der Beschäftigten zu erreichen.

Wir haben deshalb einen Kern von aktiven Kolleginnen und Kollegen gebildet, der diese Situation im Betriebsrat ändern will. Wir möchten, dass mehr Aktive, die die Interessen der Beschäftigten in den Mittelpunkt stellen, in den neuen Betriebsrat gewählt werden. Dazu haben wir schon relativ früh einen Aktionsplan erstellt, in dem wir sämtliche Aufgaben inklusive der vorgegebenen zeitlichen Fristen erfasst haben. Also beginnend mit der Findung von Kandidatinnen und Kandidaten für den Wahlvorstand und endend mit der konstituierenden Sitzung des neugewählten Betriebsrats. Die dazwischenliegenden Schritte werden dabei natürlich auch erfasst und entsprechend den zeitlichen Fristen zugeordnet.

Andreas: Der Wahlvorstand wurde zwischenzeitlich schon benannt. Wir konnten auch Vertreter aus unserem aktiven Kern im Wahlvorstand platzieren. Das ist wichtig, um Fehler oder Manipulationen bei der Durchführung der Wahl aufzudecken oder auch eine Einflussnahme der Geschäftsleitung zu verhindern. Wichtig ist jetzt die Kandidatensuche für die Betriebsratswahl. Es gilt, die Menschen anzusprechen, die sich ernsthaft im Interesse der Beschäftigten engagieren wollen, die sich trauen, ihren Mund aufzumachen, und die auch bereit sind, für den Betriebsrat zu kandidieren. Zu diesem Zweck haben wir die persönliche Ansprache möglicher Kandidatinnen und Kandidaten für die einzelnen Unterstützer unseres aktiven Kerns aufgeteilt. In unseren regelmäßigen Treffen besprechen wir den weiteren Fortgang und führen die notwendigen inhaltlichen Diskussionen.

Welche inhaltlichen Themen stehen bei Euch im Vordergrund?

Gerhard: In der Produktion haben wir es verbreitet mit schwerer körperlicher Arbeit zu tun. Dadurch haben vergleichsweise viele Beschäftigte Rückenprobleme. Dazu kommt, dass die Leistungsintensivierung und die Schichtarbeit das ihre dazu beitragen, dass die Arbeitsbedingungen zum Teil mehr als zu wünschen übriglassen. Der Arbeits- und Gesundheitsschutz müsste



24-Stundenstreik der IGM beim Benz in Mannheim, 2. Februar 2018.

Foto: Avanti².



24-Stundenstreik der IGM bei Wabco in Mannheim, 1. Februar 2018.

deshalb bei uns eine viel größere Rolle spielen als bisher, zumal die Mitbestimmungsmöglichkeiten aus dem Arbeitsschutzgesetz den Handlungsspielraum für den Betriebsrat wesentlich vergrößern.

Die bei uns praktizierte Schichtarbeit, die saisonal auch das Wochenende mit einbezieht, ist für einen Teil der Belegschaft ein richtiges Problem. Sie erschwert nicht nur die Organisation des Privatlebens, sondern ist auch zusätzlich belastend, weil sie unter Teilzeitbedingungen verrichtet werden muss. Unterm Strich erhalten die Betroffenen dadurch weniger Geld als im normalen Schichtbetrieb, was für viele ein großes Problem darstellt. Der Wechsel dieser Beschäftigten in den normalen Schichtbetrieb muss in der Zukunft ermöglicht werden.

Andreas: Nicht zu vergessen ist, dass die Geschäftsleitung seit einem Jahr einen Teilbetrieb mit rund 50 Arbeitsplätzen inklusive Vertrieb und Versand verkaufen will. Bis jetzt hat sie das noch nicht geschafft. Vereinbarungen mit der Geschäftsleitung zum Schutz der dort Beschäftigten konnten bisher nicht getroffen werden. Zurzeit soll die Braut schöner gemacht werden, um sie doch noch gewinnbringend veräußern zu können. Ohne Absicherung der Belegschaft darf der zukünftige Betriebsrat den Verkauf nicht akzeptieren.

Für uns, als aktiver Kern, ist es entscheidend, die Kraft der Belegschaft in die Betriebsratsarbeit einzubinden. Wir sehen uns nicht als die Vertreter der Beschäftigten, die in deren Namen handeln, sondern als diejenigen, welche die Kolleginnen und Kollegen unmittelbar als selbst handelnde Kraft in die Auseinandersetzungen mit der Geschäftsleitung einbeziehen. Das konsequent umgesetzt garantiert aus unserer Sicht den größtmöglichen Erfolg.

Wie wollt Ihr erreichen, dass die aktivsten und am besten geeigneten Kolleginnen und Kollegen auch gewählt werden?

Andreas: Zunächst geht es darum, dass unsere Kandidatinnen und Kandidaten gemeinsame inhaltliche Positionen erarbeiten. Diese sollen dann als gemeinsames Programm der Belegschaft vermittelt werden. Dazu müssen ein oder mehrere Wahlinfos erstellt werden, worin auch unsere Aktiven mit Bild bekannt gemacht werden. Genauer lässt sich aber erst planen, wenn feststeht, in welcher Form die Wahl erfolgt. Wir favorisieren die Persönlichkeitswahl, weil diese den Beschäftigten die größte Entscheidungsfreiheit lässt. Bei einer Listenwahl kann ja nur eine einzige Stimme vergeben werden.

Gerhard: Wir müssen uns auf beide Möglichkeiten vorbereiten. Auch bei der Persönlichkeitswahl müssen wir uns mit einer Sicherungsliste absichern, weil bis zum Abgabeschluss der Persönlichkeitswahlliste immer noch mit dem Einreichen einer gegnerischen Liste gerechnet werden muss. Es gibt genügend Beispiele, wo von „gelben“ Betriebsratsmitgliedern oder sogar von Geschäfts- oder Personalleitungen eine eigene Liste initiiert worden ist, um den Wahlerfolg für bestimmte unternehmenshörige Personen zu fördern.

Andreas: Unabhängig davon ist vor allem wichtig, dass unsere Kandidatinnen und Kandidaten bekannt und auch akzeptiert werden. Deshalb sollen sie alle gezielt die Belegschaft in den Abteilungen persönlich ansprechen. Zudem wollen wir im Vorfeld der Betriebsratswahl noch eine Betriebsversammlung durchführen. Sie werden wir dazu nutzen, um unsere inhaltlichen Positionen und unsere Wahlvorschläge bekannt zu machen. Wen man nicht kennt, den wählt man auch nicht! So einfach ist das.

Die Corona-Pandemie wird auch in der Zeit bis zu den Betriebsratswahlen bestimmend sein. Wie geht Ihr damit um?

Andreas: Wir müssen uns darauf einstellen, dass uns die Pandemie einen Strich durch die Rechnung macht. Das fängt an bei der Frage, wie wir an die Beschäftigten im „Homeoffice“ herankommen. Das betrifft bei uns im Wesentlichen die Büro-Angestellten. Das geht weiter mit dem Problem, wie wir aufgrund des Abstandsgebots die persönliche Kontaktaufnahme während der Arbeitszeit überhaupt sicherstellen können. Und natürlich müssen wir die Frage beantworten, wie wir Abteilungs- und Betriebsversammlungen durchführen können. Die bisher zum Teil sehr laxen betrieblichen Vorgaben bezüglich der Einhaltung der Pandemievorschriften dürfen für uns nicht der Maßstab sein. Das stellt uns wirklich vor große Herausforderungen, aber das betrifft auch alle anderen Kandidaturen.

Gerhard: Es stimmt zwar, dass die Pandemie auch alle anderen Kandidatinnen und Kandidaten betrifft, aber das darf uns nicht in falscher Sicherheit wiegen. Um die Chancen unserer Aktiven erhöhen zu können, müssen wir alle Möglichkeiten nutzen und noch einiges an Kreativität entwickeln.

Wir wünschen Euch viel Erfolg bei Euren Vorhaben! ■



24-Stundenstreik der IGM bei Caterpillar in Mannheim, 1. Februar 2018.

* * *

* [Das Gespräch führte O. T. am 19. Dezember 2021. Die Namen der Kollegen wurden aus Sicherheitsgründen geändert.]

Raue Zeiten erfordern aktive Betriebsräte

Zur Betriebsratswahl 2022 (Teil I)

U. D.

Am 13. November 2021 organisierte die ISO Rhein-Neckar ein sehr gutes Seminar zur Vorbereitung der Betriebsratswahlen im Frühjahr 2022 (siehe den Bericht in *Avanti*² von Dezember 2021). Wir veröffentlichen im Folgenden den überarbeiteten ersten Teil des Referats „Raue Zeiten erfordern aktive Betriebsräte“.

Das erste deutsche Betriebsrätegesetz wurde 1920 in der Weimarer Republik verabschiedet. Bereits dieses Gesetz verpflichtete den Betriebsrat, sowohl die Interessen der Belegschaft als auch die des Unternehmens zu berücksichtigen. Der klassenkämpferische Teil der damaligen Arbeiterbewegung lehnte dies ab.

Ein weiterer Streitpunkt war, ob die Belegschaft den Betriebsrat jederzeit absetzen kann. Diese Idee direkter Räte-Demokratie knüpfte an den Erfahrungen der Pariser Kommune und der Frühphase der russischen Oktoberrevolution an. Durchgesetzt wurde jedoch das repräsentative Wahlamt – mit dem „Zustandnis“ einer lediglich einjährigen Amtszeit.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Untergang der faschistischen Diktatur 1945 galt für die ersten Betriebsräte in Nachkriegsdeutschland erneut die einjährige Amtszeit. Diese wurde ab dem Jahr 1952 schrittweise auf mittlerweile vier Jahre verlängert.

Gefahren der Bürokratisierung

Die inhaltlichen und organisatorischen Anforderungen an Betriebsräte sind in den letzten Jahrzehnten deutlich größer geworden. Die dafür notwendige Qualifizierung ist mit längeren Amtszeiten sicher einfacher zu erreichen. Aber der politische Schaden wiegt schwerer als dieser Vorteil.

Längere Amtszeiten begünstigen die Herausbildung einer Bürokratie von Berufsbetriebsräten. Diese agieren oft gewerkschafts-unabhängig, sehen vorrangig den „eigenen“ Betrieb und verlieren immer mehr den Bezug zu „ihrer“ Belegschaft. Neben dem gewerkschaftlichen Apparat sind sie die wesentlichen Träger und Verstärker der Sozialpartnerschaft in der arbeitenden Klasse.

Selbst diejenigen, die im Betrieb eine aktive Betriebsratsarbeit machen, sind dieser Bürokratisierungsdynamik ausgesetzt. Auch deswegen ist eine überbetriebliche Vernetzung von gewerkschaftlich Aktiven wichtig. Denn diese bietet die Möglichkeit, die eigene Arbeit immer wieder zu überprüfen und zu diskutieren.

Aktuelle Situation

Im Jahr 2000 hatten 9 % aller betriebsratsfähigen Betriebe (ab fünf Wahlberechtigten) und damit 45 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einen Flächentarifvertrag und einen Betriebsrat. Bis zum Jahr 2019 war dieser Wert auf nur noch 6 % der Betriebe und 35 % der Beschäftigten gesunken.

Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Beschäftigten, die weder Tarifvertrag noch einen Betriebsrat hatten, von 26 % auf 39 %. Auch wenn sich laut einer Untersuchung der Hans-Böckler-

Stiftung circa 50 % der Unternehmen ohne Tarif an einem Tarifvertrag orientieren, ist dies eine dramatische Entwicklung und Ausdruck der aktuellen Schwäche der Gewerkschaftsbewegung.

Betriebsrats-Mobbing

Geschäftsführungen von Unternehmen agieren gegenüber Betriebsräten sehr unterschiedlich: Sie umarmen und integrieren, sie kaufen, sie beeinflussen und verhindern Wahlen, sie zerschlagen Gremien, sie stoppen berufliche und finanzielle Weiterentwicklungen, sie versetzen, sie isolieren, sie kündigen oder zerstören im schlimmsten Fall die Gesundheit.

Dies gilt nicht für alle Unternehmen. Diesbezüglich spielt die persönliche Einstellung der Unternehmensleitung eine gewisse Rolle. Aber entscheidend ist, wie stark Belegschaft, Gewerkschaft und Betriebsrat sind und welche Spielräume sie sich erkämpft haben.

Letztendlich geht es einem Unternehmen immer darum, die eigenen Interessen durchzusetzen, „ungestört“ entscheiden und den größtmöglichen Profit erzielen zu können. Aktive Betriebsräte sind dabei unerwünschte Störer. Alleine ihr Versuch, bestehende Gesetze und geltendes Recht durchzusetzen, reicht aus, um sich den Zorn der Kapitaleseite zuzuziehen.

Im Gegensatz zu vielen Beschäftigten ist sich die kapitalistische Klasse ihrer Interessen sehr bewusst. Sie weiß, welche Bedeutung gewerkschaftliche Organisation und Betriebsräte im Unternehmen haben können. Deswegen versucht sie mit ihren zum Teil verbrecherischen Mitteln, ihre eigenen Ziele durchzusetzen.

Gegen diesen Macht- und Klassenkampf der Bosse muss hartnäckig und solidarisch der Klassenkampf von unten organisiert und geführt werden. ■



Konferenz „Betriebsräte im Visier“ in Mannheim, 16. Oktober 2021.

Reallohnsenkung und Abwertung Der Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst

N. B.

Diesen Herbst fanden die Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst der Länder statt. Nach dem Applaus der letzten Jahre waren die Hoffnungen auf eine handfeste Aufwertung der Berufe insbesondere im Gesundheits- und Bildungsbereich groß. Sie wurden bitter enttäuscht.

Im Zentrum der Forderungen der DGB-Gewerkschaften ver.di, GEW, GdP und IG Bau stand eine Lohn- und Gehaltserhöhung um 5 %. Für die Beschäftigten des Gesundheitswesens im Öffentlichen Dienst der Länder wollte man eine Gehaltserhöhung von 300 Euro monatlich.

Die GEW forderte zudem eine Paralleltabelle, in der Angestellte und Beamt*innen gleich eingestuft werden – was aufgrund des Statusunterschieds immer noch einen massiven, aber doch geringeren Gehaltsunterschied bedeuten würde. Die vielen befristeten Beschäftigten, die jedes Jahr Arbeitslosigkeit über die Sommerferien bedeuten, sollten eingedämmt werden.

Reallohnsenkung mit einem Jahr Leerlauf

Als die „Arbeitgeber“ jegliches Angebot verweigerten, riefen GEW und ver.di im November zu Warnstreiks auf. In vielen Städten folgten Beschäftigte dem Aufruf. Bei den Verhandlungen Ende November kam es dann zu einer Einigung.

In den ersten 14 Monaten des Tarifvertrags gibt es nichts bis auf eine steuer- und abgabenfreie Sonderzahlung von 1.300 Euro. Ab dem 1. Dezember 2022 gibt es eine Gehaltserhöhung von 2,8 %. Ja genau, ab Dezember 2022, nicht 2021! Hier hat sich niemand verlesen und es ist kein Tippfehler. Bei spürbar steigenden Energie- und Mietpreisen und einer Inflation von offiziell 5,2 % in 2021 bedeutet das eine Reallohnsenkung. Dabei gibt es keinen Grund davon auszugehen, dass die Inflation nun pausieren werde, bis die Beschäftigten mit ihrer Lohn- und Gehaltssteigerung in einem Jahr endlich ihren Reallohnverlust etwas verringern können.

Ein paar wenige kleine Errungenschaften gab es immerhin, wie eine Aufstockung der Zulagen im Gesundheitswesen für viele dort Beschäftigte um 200 Euro und mehr oder eine monatliche Erhöhung der Auszubildendenvergütung von 50 bzw. 70 Euro für Azubis in diesem Bereich.

Die Forderung der GEW nach strukturellen Veränderungen durch eine Paralleltabelle wurde jedoch gänzlich fallen gelassen.

Abwertung des Öffentlichen Dienstes

Diese Abwertung des Öffentlichen Dienstes ist fatal. Wenn auf das Klatschen keine Verbesserung der Arbeitsbedingungen folgt, werden die Berufe insbesondere im Gesundheitsbereich immer unattraktiver. Gesundheit und Bildung könnten tolle, erfüllende Arbeitsgebiete sein. Doch die miserablen Arbeitsbedingungen erlauben den dort Arbeitenden nicht, in ihrem Beruf gesund zu bleiben. Die Pflege von Kranken leidet darunter ebenso wie die bestmögliche Förderung von Schüler*innen. Deswegen gilt die am Streiktag in Heidelberg gerufene Parole: „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns den Job versaut.“

Wenn der „Job“ immer mehr „versaut“ wird durch Tarifverein-

barungen wie diese, verschärft das die ohnehin schon massive bis dramatische Personalnot im Gesundheits- und Bildungsbereich. Gesundheit und Bildung als Waren werden dann immer mehr zum Luxusgut.

Fehlende Durchsetzungskraft?

Die Gewerkschaftsapparate meinen, keine Alternative gehabt zu haben: Ihre Mobilisierungsfähigkeit sei nicht stark genug. Die mögliche mobilisierende Wirkung des Streiks beachten sie dabei nicht. An den wenigen Streiktagen kamen Kolleginnen und Kollegen wieder miteinander in Kontakt, was ja seit Beginn der Pandemie kaum möglich gewesen war. Die Streiks hätten sehr wohl als Ausgangspunkt anstatt als Endpunkt einer Tarifauseinandersetzung genutzt werden können. Der Frust und die Wut unter den Streikenden waren groß genug für eine Fortsetzung und verstärkte Mobilisierung.

Doch eine Gewerkschaft, die nicht willens ist, einen Tarifabschluss im Sinne der Beschäftigten zu erkämpfen, entfaltet auch keine wirksame Gegenmacht zu den gut organisierten und entschlossenen „Arbeitgebern“.

Von unten und solidarisch!

Mehr denn je zeigt sich: Wir müssen unsere Gewerkschaften von unten verändern und können uns nicht auf ihre Apparate verlassen. Tarifrunden wie die des Öffentlichen Dienstes bergen eine Schwierigkeit, die wir als die Chance nutzen müssen, die sie ist: Sie sind bereichs- und gewerkschaftsübergreifend. Wir müssen wieder lernen, gemeinsam solidarisch zu kämpfen. ■



Warnstreik-Kundgebung in Heidelberg, 25. November 2021.

Die Kultur zurückholen ...

Ein Gespräch mit dem Musiker Bernd Köhler

Im Herbst 2021 ist endlich *Halt LOS* erschienen. Das vom Autor selbst vorzüglich gestaltete Buch trägt den Untertitel „DER ZWEITE ANLAUF, Texte, Lieder und Geschichten 1990 – 2020“. Ein vom Publikum gefeierter Konzertabend zur Vorstellung dieses lesenswerten Bandes fand am 12. Oktober 2021 im Mannheimer Capitol statt. Für uns Gründe genug, um erneut mit Bernd Köhler zu sprechen.*

Gleich auf den allerersten Seiten von *Halt LOS*, im Prolog, vergleichst Du Deinen ersten Besuch beim kämpferischen Betriebsrat von Alstom im Sommer 2003 überraschenderweise mit einem „Blitzschlag ..., der einen durchfährt, wenn man eine verloren geglaubte Liebe wiedergefunden hat.“ Ist das nicht sehr nostalgisch verklärt?

HA, HA [lacht] und NEIN! Das ist ganz und gar nicht verklärt oder überzogen. Das Erlebnis damals hatte schon etwas Grundlegendes und Überwältigendes, sonst hätte diese besondere Liaison ja auch nicht 15 Jahre gehalten. Da wurde etwas an gegenseitiger Sinngebung aus- und eingelöst, was ich mir immer gewünscht und teilweise ja auch schon früher erlebt hatte. Zum Beispiel beim Voith-Streik in Heidenheim, als ich mit den Kolleginnen und Kollegen singend durch den bestreikten Betrieb zog oder bei der harten Auseinandersetzung um den kleinen Radiohersteller Pro-

gramma auf der Schwäbischen Alb, wo ein Teil der Belegschaft eigentlich nur gewerkschaftliche Strukturen im Betrieb wollte und in eine erbitterte Auseinandersetzung mit hunderten Bereitschaftspolizisten hineingezogen wurde. Am Streikende haben wir dann zusammen die Single „Weit droben im Land“ eingesungen oder beim Kampf um das Stahlwerk in Hattingen den „Stahlwerkersong“.

Das Besondere bei dem Engagement für und mit den Alstomer*innen war aber, dass dieser Betrieb sozusagen vor der Haustür lag. Vis á vis. Das machte den dauerhaften und oft spontanen Kontakt ja erst möglich, der den Chor zu dem, ich nenne es mal so, musikalischen Einsatzkommando werden ließ, das alle Beteiligten so auch wollten. Ich habe im Chor öfters mal gesagt, dass mich dieser Kontakt wieder vom Kopf auf die Füße gestellt hat. Eine Erfahrung die ich jedem sozial engagierten Künstler, jeder Künstlerin wünsche.



Konzert mit Bernd Köhler und Band im Mannheimer Capitol, 12. Oktober 2021.

Foto: helmut-roos@web.de.

Im Konzert zum Erscheinen von *Halt LOS* hast Du nicht nur an diese immerhin bis 2017 andauernde Beziehung erinnert, sondern es standen ja viele andere Lieder auf dem Programm. Nicht alle, aber doch die meisten sind in den Jahren nach 1990 entstanden. Bei dem Abend im Capitol gelang Dir gemeinsam mit der Band ewo² und tollen Gastmusiker*innen etwas ganz Besonderes. Deine Musik und Deine Texte klangen keineswegs verstaubt, sondern ganz im Gegenteil sehr aktuell, lebendig und berührend. Welche Erklärung findest Du dafür?

Das war so, weil die Themen, um die es in den Songs geht, zeitlos sind. Das gilt für „Unsre Chance - Résistance“ oder „Keine Wahl“, eigentlich betriebspolitische Allerwelts-Weisheiten, die aber trotzdem immer wieder mal auf den Punkt gebracht werden müssen, genauso wie „Dicker Hund“, ein Lied über das eigene Zutun. Die Frage, ob man in entscheidenden Momenten „den Arsch“ hochbekommt oder nicht. Oder „Spürst du“, ein Song, der sich auf eine Situation bezieht, in der du das Gefühl hast, die Welt würde stillstehen, so einschneidend ist das gerade Erlebte. Solche Themen sind und bleiben zeitlos wie auch die Form, diese Themen in Lieder zu packen und mit der Gitarre vorzutragen. Wenn du dann noch Musiker*innen um dich hast, die dich nicht nur begleiten, sondern stützen, ergänzen oder dialogisch konterkarieren, dann kann so ein besonderer Abend wie am 12. Oktober entstehen.

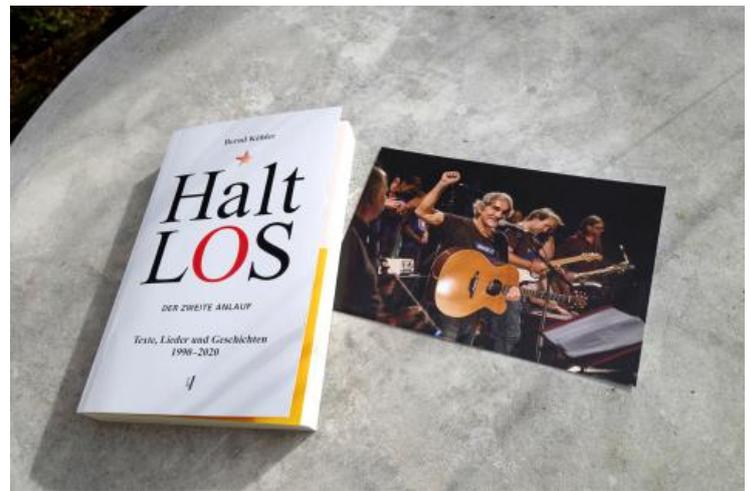
„... holen wir uns die Kultur zurück!“ – so lautete das von Dir formulierte Motto dieser denkwürdigen Veranstaltung in der Neckarstadt. Jetzt sind wir aufgrund des anhaltenden Scheiterns der Pandemiepolitik mit Corona 4.0 konfrontiert. Kultur wird erneut zurückgedrängt. Was macht das mit Dir und ewo²?

Es macht uns von ewo² natürlich noch ein Stück mehr „Halt LOS“, um beim Buchtitel zu bleiben. Ein Ensemble also, das mit seinen inhaltlichen wie künstlerischen Ansprüchen immer zwischen allen Stühlen saß. Das begann schon mit dem ersten Programm „Howdo youdo Mister M@jakowski“, einem multimediale Abendprogramm mit Majakowski-Texten, der außergewöhnlichen Musik von Hans Reffert sowie den Film- und Livemitschnitt-Einspielungen, die Christiane Schmied in die Bühnenperformance einbrachte. Den Kulturleuten war dieses Programm um den russischen Revolutionspoeten zu radikal links und den Politischen zu anspruchsvoll-künstlerisch. Das war und blieb unser „Problem“.

Kunst lebt natürlich vom Auftritt, vom Dialog zwischen Publikum und Bühne oder auch von der konkreten Auftritts-Erfahrung vor Ort. All das ist zur Zeit nur distanziert und modifiziert erfahrbar. Was das Drumherum mit den Hygieneauflagen an Energie und Zeit in der Vorbereitung einer künstlerischen Aktion wegfrisst hatte ich mir vor dem Oktober-Konzert nicht vorstellen können. Keine Ahnung, wo die Reise hingehet, außer, dass sie natürlich noch einige Zeit so weitergehen wird. Aber, wir haben bewiesen – unsere Kultur lebt. TROTZ ALLEDEM! [Lacht.]

Angesichts dieser Situation und der bedrohlichen krisenhaften Entwicklungen des Kapitalismus drängen sich Fragen nach den Perspektiven auf. Sehr konkret: Welche Pläne hast Du für das neue Jahr? Und eher übergreifend: Ist es nicht Zeit für einen dritten Anlauf?

Bei einer Zäsur wie der momentanen, braucht es natürlich Zeit, um damit umgehen zu lernen. Für mich war die extreme



Halt LOS und eine Aufnahme von Sven Ehlers.

Foto: Privat.

gesundheitliche Gefahr, die von dieser Pandemie ausgeht nie eine Frage. Deshalb hat mich die Aufgeregtheit um die Impfferei auch nie sonderlich berührt. Ich denke aber, dass es die Gesellschaft verkraften muss, wenn Leute sich partout nicht impfen lassen wollen. Bin also explizit gegen eine Impfpflicht, auch weil diese wie ein antidemokratischer Bumerang auf andere Art und Weise wieder auf uns zurückschlagen wird. Doch darum geht es ja schon lange nicht mehr.

Was wir in letzter Zeit erleben, ist die rasante Durchdringung der Anti-Impf-Bewegung mit sozialdarwinistischen wie national-völkischen Ideologien – zum Beispiel in Form einer kompletten Umdeutung von Begriffen wie Freiheit und Revolution. Ich denke, das wird sich in nächster Zeit noch ausweiten und verstärken, zum Beispiel indem auch die Klimakrise oder die Migration in diesen allgemeinen Weltverschwörungs-Kanon eingefügt wird. Vergleichbar der Methode der Nazis in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts. Damit werden wir uns auseinandersetzen müssen. Künstlerisch wie politisch. ■



Bernd Köhlers neues Buch aufgeblättert.

Foto: Privat.

* * *

*[Die Fragen stellte W. A., Bernd Köhler antwortete am 19. Dezember 2021. Es ist übrigens sehr lohnenswert, unter www.iso-4-rhein-neckar.de/koe1 www.iso-4-rhein-neckar.de/koe2 www.iso-4-rhein-neckar.de/koe3 die anderen Interviews mit Bernd nachzulesen. Unter www.iso-4-rhein-neckar.de/koe4 findet sich ein Bericht über das oben erwähnte Konzert.]

Zwei Jahre Corona – Alternativloses System- und Politikversagen?

W. A.

Laut „Deutschlandtrend“ vom 2. Dezember 2021 kritisieren rund 79 % der Befragten die Corona-Politik der Regierenden. Rund 60 % halten die bisherigen Maßnahmen für nicht ausreichend, etwa 17 % für zu einschränkend.

Die realen Todes- und Erkrankungs-zahlen sind noch verheerender als die offiziell bekanntgegebenen. Derzeit werden weltweit offiziell circa 5,4 Millionen und in Deutschland etwa 111.000 Corona-Tote gezählt (Stand 24.12.2021). Tendenz stark steigend. Wahrscheinlich liegen die Zahlen viel höher, nämlich mindestens um das Zweifache.

Die Situation verschärft sich durch die Omikron-Variante des Virus weiter. Nicht nur im deutschsprachigen Raum mit der besonders starken und aggressiven Querfront aus Faschismus, Impfgegnerschaft und Esoterik, sondern auch auf internationaler Ebene.

Die jüngsten Beschlüsse der deutschen Politik zu Corona sind im Wesentlichen eine Fortsetzung des an Konzerninteressen orientierten Schlingerurses seit Anfang 2020. Allerdings wird der Druck auf Nichtgeimpfte verstärkt. Das beschleunigte Sterben, die Überlastung der Intensivstationen und des

Pflegepersonals, viele weitere Post-/Long-COVID-Erkrankungen und die 5. Welle werden so nicht zu verhindern zu sein.

Unsere Alternative

Unsere Alternative lässt sich in einem strategischen Aktionsplan mit folgenden acht Säulen zusammenfassen:

1. Ständige muttersprachliche Aufklärung über die Gefahren der Pandemie
2. Kampf für die flächendeckende Akzeptanz und Umsetzung der AHA-L-Regeln
3. Durchsetzung des Infektionsschutzes durch wirksame Gefährdungsbeurteilungen nach dem TOP-Prinzip in der Arbeitswelt (Umsetzung technischer, organisatorischer und persönlicher Schutzmaßnahmen in dieser Reihenfolge)
4. Niedrigschwellige und gut organisierte Test- und Impfangebote
5. Schnell wirksame Verbesserungen in der Pflege (Abkehr vom profitgetriebenen

System der „Fallpauschalen“, mehr und besser qualifiziertes Personal, gesundheitsschützende Arbeitsbedingungen, spürbar höhere Entlohnung)

6. Wiederaufbau und -ausbau der durch die neoliberale Politik weitgehend handlungsunfähigen Gesundheitsämter und der Gewerbeaufsicht

7. Kampf für ein präventives Gesundheitssystem als integraler Bestandteil der staatlichen Daseinsvorsorge

8. Globale Freigabe der Impfstoffpatente.

Ein solches Programm wird nur durch eine starke außerparlamentarische Bewegung – eine solidarische Front – durchzusetzen sein. Hier sind vor allem die Gewerkschaften und die Organisationen der politischen Linken gefordert. Druck kann und muss jetzt durch die Reaktivierung und Stärkung der #ZeroCovid-Bewegung für Solidarität in Zeiten der Pandemie aufgebaut werden. ■

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Erregenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- SO, 09.01.2022, 11:00 Uhr, Virtuelle Bildungsreihe der ISO
- DO, 13.01.2022, 15:00 Uhr, Hybrides Treffen des Überbetrieblichen Solikomitees*
- DO, 13.01.2022, 19:00 Uhr, Viko #ZeroCovid Rhein-Neckar
- DO, 27.01.2022, 15:00 Uhr, Hybrides Treffen des Überbetrieblichen Solikomitees*
- FR, 28.01.2022, 19:00 Uhr, Hybrider Infoabend zu einem aktuellen Thema*

* [Jeweils mit strikter Beachtung der Gesundheitsschutzregeln.]